

„Das Ziel von Politik kann nur der Mensch sein“

Brüssel, Berlin und die Konferenz von Evian 1938: Zur Aktualität des „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ / Von Johannes Heil

Wenn am heutigen Mittwoch der „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ begangen wird, dürfte alles sein wie immer seit der Einführung dieses Gedenktags 1996: Die Fahnen an öffentlichen Gebäuden hängen auf Halbmast, der Bundestag kommt zu einer Feierstunde zusammen – diesmal hält die amerikanische Literaturwissenschaftlerin und Auschwitz-Überlebende Ruth Klüger die Gedenksprache. Nicht nur in Deutschland, auch an vielen anderen Orten wird der Tag entsprechend begangen werden: Seit 2005 ist nach einem Beschluss der UN-Vollversammlung der 27. Januar der „International Holocaust Remembrance Day.“

In den Abendnachrichten wird angemessen und doch kurz von der Gedenkfeier im Bundestag berichtet werden. Absehbar wird das 2016 direkt vor den neuesten Meldungen zur europäischen „Flüchtlingskrise“ geschehen – zum letzten Stand in der Frage, wer wann wo unter Beschuldigung wessen seine Grenze schließt beziehungsweise zum kurzfristig anberaumten Treffen der EU-Innenminister in Amsterdam. Konferenzen und Spitzengespräche waren schon viele, und es werden solche noch einige folgen, Aus-



Tagesthema

gang ungewiss. Aber ein Ergebnis zeichnet sich ab: Dass Europa an der „Flüchtlingskrise“ nicht wachsen will, genauso wenig wie es an der Eurokrise gewachsen ist. Und dass man sich fragen muss, ob Europa Krisen überhaupt gewachsen ist, ja, ob Europa an sich in diesen Tagen überhaupt noch eine Rolle spielt.

Hört man sich um in Land, dann kommt es einem vor, als seien gerade die Sieben Zwerge nach Hause gekommen und hätten ihr Essen gegessen, ihre Becherchen leer und ihre Betten von anderen benutzt vorgefunden – nur dass die Zwerge dieses Mal das schöne Kind am liebsten wegschicken und die Türen verriegeln wollten. Und man möchte meinen, dass Europa von lauter Zwergen-völkern besiedelt sei.

Der verbreitete, je nach Land aus verschiedenen Motiven gepflegte Unwille, eine europäische Lösung möglich zu machen, und das Wegschauen der internationalen Staatengemeinschaft schlagen auf die Regierungen jener Länder zurück, die eine pragmatische Linie verfolgt und Schutzsuchenden die Türen nicht geschlossen haben. In Umfragen werden sie abgestraft, während sich die Populisten auf ihre Redezeit in den Parlamenten freuen. Das Mantra, dass es nicht zu schaffen sei, wird in Deutschland längst nicht mehr nur in München und Wildbad-Kreuth zelebriert; es bestimmt die Positionierungen der besorgten Mandatsträger aller Parteien im Vorfeld der Wahlen dieses Jahres. Der britische Botschafter in Berlin, Sir Sebastian Wood, erklärte ganz unverblümt, sein Land betrachte die Aufnahme einiger

Flüchtlings als Anreiz für weiteren Zustrom, und meinte allen Ernstes, damit ein Argument geliefert zu haben.

Besonders wird die Nachricht aufgegriffen, dass auch emeritierte deutsche Verfassungsrichter die Entscheidung der Bundesregierung vom Spätsommer, angesichts der Bilder ertrunkener Flüchtlinge und der dramatischen Lage am Budapester Hauptbahnhof oder auch sonst auf der Route von Griechenland nach Mitteleuropa, die Grenzen zu öffnen, mit dem ganzen Gewicht ihrer (gewesenen) Autorität kritisieren. Verfassungsrichter a. D. Udo di Fabio führte aus: „Das Grundgesetz garantiert nicht den Schutz aller Menschen weltweit durch faktische oder rechtliche Einreiseerlaubnis. Eine solche unbegrenzte Rechtspflicht besteht auch weder europarechtlich noch völkerrechtlich.“ Und sein Kollege Hans Jürgen Papier urteilte unter Verweis auf „rechtsfreie Räume bei der Sicherung der Außengrenzen“ noch grundsätzlicher; er konstatierte eine „Kluft zwischen Recht und Wirklichkeit“ als Ergebnis eines „eklatanten Politikversagens“.

Gewiss, man kann allerlei Vorwürfe gegen die Verantwortlichen, eben auch gegen europäische Politiker erheben. Etwa den, dass man viel zu lange die sich anbahnende Katastrophe in den Flüchtlingslagern im Libanon, in Jordanien und der Türkei sowie die ausweglose Situation in Syrien und Teilen des Irak ignoriert hat oder meinte, sie mit Abwehrsystemen wie der gesamteuropäischen Frontex-Truppe bewältigen zu können. Und es ist kein Ruhmesblatt, dass administrativer Aktionismus jahrelang den Blick auf die bereits in Gang gekommene humanitäre Katastrophe in den scheiternden Staaten des Vorderen Orients verstellte hat. Man kann und muss fragen, wie es die reichen Staaten, allen voran jene Nordamerikas und der Golfregion, zu lassen konnten, dass dem UN-Flüchtlingshilfswerk die Mittel zur Hilfe vor Ort ausgehen und die Menschen in Massen auf den gefährlichen Weg nach Europa gezwungen wurden.

Man feiert die Pariser Klimaschutzkonvention und tut so, als betrafen die Folgen des Klimawandels gegenwärtig nur einige hilflose Inseln im Ozean. Man rechnet in Davos vor, dass die Zufluchtsuchenden, wenn sie einmal in den Arbeitsmarkt integriert sind, je nach Land Zuwachsraten von 1,5 bis 3 Prozent mehr an Bruttosozialprodukt bedeuten und blendet aus, dass sich der Strom derer, die nichts mehr zu verlieren haben, nicht von Obergrenzen aufhalten lässt. Die zur Beruhigung aufgestellten Kalkulationen von heute werden spätestens morgen schon Makulatur sein.

Man schilt Kanzlerin Angela Merkel, dass sie nach Jahren politischer Routine noch im Stande gewesen ist, an einem kritischen Punkt einmal konsequent anders zu entscheiden und die Verantwortung nicht an die Länder der Peripherie mit ihren längst nicht mehr effizienten Außengrenzen zu verschieben. Ja, man wirft ihr vor, dabei nicht abgesehen zu haben, was dieser Akt verantworteter Humanität nach sich ziehen würde. Als wäre solches absehbar oder ein wirkliches Argument bei der Abwägung der Mittel.



Flucht 1939: Eine jüdische Familie flüchtet unter dem Gelächter und den höhnischen Blicken einer Gruppe von Nazis aus dem Memelland mit Ziel Litauen. Archivfoto: dpa



Flucht 2016: Eine Gruppe von Flüchtlingen aus Syrien, dem Irak und Afghanistan gestern in einem Zug auf dem Weg vom serbischen Presevo nach Deutschland oder Österreich. Foto: dpa

Alle – deshalb also wir alle – haben in der Zeit davor versagt. Das immerhin ist richtig. Falsch dürfte es dann sein, so weiterzumachen wie zuvor und die Zäune immer höher zu bauen. Und was ist das für ein höchsttrichterlich vorgetragenes Verfassungsverständnis, das der Sicherung der Außengrenzen ohne Kriegsfall höchste Priorität zuweist, aber den ersten Satz des Grundrechtkanons des Grundgesetzes nicht zu Ende denkt. Gewiss, die Gültigkeit des Grundgesetzes erstreckt sich auf das Territorium der Bundesrepublik, aber die universellen Prinzipien, aus denen die Grundrechte abgeleitet sind, verlieren ihre Gültigkeit nicht jenseits von Freilassung. Und auch die EU-Grundrechtecharta dient nicht der Pflege antieuropäischer und neonationalistischer Isolationismen.

Offenbar haben die Väter und Mütter des europäischen Einigungsprozesses, die sich nach der zweiten Katastrophe des 20. Jahrhunderts eines anderen Europas bannen, einen weiteren Blick gehabt als die Bedenkenträger unserer Tage. Sie hatten eine klare Vorstellung von der künftigen Gestalt dieses Kontinents, denn sie hatten am eigenen Leib erfahren, dass die alten Wege nur Leid und Zerstörung gebracht hatten. Das alles scheint heute vergessen. Fragt man heute, wofür Europa stehe, folgt neben dem Verweis auf „Brüssel“, Währungsunion und Freizügigkeit bestenfalls noch der Begriff der „Wertegemeinschaft“. Das ist selbst dann unscharf, wenn man es nicht nur auf den Wert und das Überleben der europäischen Gemeinschaftswährung bezieht. Man muss mittlerweile fragen, welche Werte da in Budapest, London und Warschau überhaupt noch geteilt werden. Der Begriff „Wertegemeinschaft“ ist aber auch deshalb irreführend, weil es keine Werte in Europa gibt, die man nicht auch im Wertehaushalt anderer Länder der freien Welt anträte.

„Erinnerung darf nicht enden“

Tatsächlich aber ist Europa eine Erfahrungsgemeinschaft, die durch die schmerzliche Einsicht in die schiere Unmöglichkeit eines „Weiter so“ konstituiert wurde. Der Kontinent der großen Kriege sollte zum Versuchsfeld der großen Alternative werden. Das ist über Jahrzehnte hinweg in mutigen Schritten geschehen, aber im Rückblick scheint der Anfang des Weges aus dem Blick zu geraten.

Im Juli 1938 trafen sich in Evian-les-Bains am Genfersee auf Initiative des amerikanischen Präsidenten Roosevelt die Vertreter von 32 Staaten, um im Beisein zahlreicher jüdischer wie nichtjüdischer NGOs und eines Vertreters des Deutschen Reichs über Möglichkeiten der Aufnahme verfolgter Juden aus Deutschland und Österreich zu beraten. Die ursprünglich gute (oder aus taktischen Gründen formulierte) Absicht verkehrte sich in ihr Gegenteil, als die Teilnehmer der Konferenz dazu übergingen, die jeweiligen hauseigenen Gründe gegen die weitere Aufnahme von Flüchtlingen ins Zentrum zu rücken. Gewiss, Evian war nicht die Ursache des Tötens in Auschwitz und anderswo. Die Weigerung der Weltgemeinschaft, sich dem Flüchtlingselend der Zeit nach dem Grundsatz unbedingter Humanität zu öffnen, wie sie in Evian manifest wurde, hat die Mörder aber nur noch ermuntert und ist ein zentrales Moment in der Vorgeschichte von Auschwitz.

Im Dekret des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog zur Widmung des 27. Januars als „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ heißt es: „Die Erinnerung darf nicht enden; sie muss auch künftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen. Es ist deshalb wichtig, nun eine Form des Erinnerung zu finden, die in die Zukunft wirkt. Sie soll Trauer über Leid und Verlust ausdrücken, dem Gedenken an die Opfer gewidmet sein und jeder Gefahr der Wiederholung entgegenwirken.“ Im Grunde ist damit das Wesentliche gesagt. Eine Politik, die sich vom Postulat unbedingter Humanität leiten lässt, kann ihrem Begriff nach nicht „gescheitert“ sein, auch wenn sie allen Beteiligten kaum wägbare Bürden auflädt. Denn das Ziel von Politik kann nur der Mensch sein. Alles andere ist Missbrauch von Politik. Wer das nicht mittragen will, sollte an einem 27. Januar auch keine Flaggen auf Halbmast setzen.

Der Verfasser dieses Beitrags ist Historiker und Rektor der Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg.



„Es hat ein Bewusstseinswandel stattgefunden“

Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrates der Sinti und Roma: Antiziganismus genauso ächten wie Antisemitismus

Von Ingrid Thoms-Hoffmann

Es waren eine halbe Million Sinti und Roma, die von den Nationalsozialisten ermordet wurden. Erstmals stehen sie im Mittelpunkt des Gedenkens der Vereinten Nationen. Wir sprachen mit dem Vorsitzenden des Zentralrates der Sinti und Roma, dem Heidelberger Romani Rose (Foto: Hentschel).



> Herr Rose, Sie kämpfen seit Jahrzehnten für die Gleichbehandlung der Minderheit. Hat sich in den letzten 20 Jahren, seitdem es den Holocaust-Gedenktag gibt, etwas verändert?

Die Anerkennung des Völkermordes an den Sinti und Roma im NS-besetzten Europa vor nunmehr über 30 Jahren hat unserer Minderheit in Deutschland ein neues Verhältnis zu Staat und Gesellschaft ermöglicht. Es lässt sich erkennen, dass in Politik und Gesellschaft zumindest in der Bundesrepublik ein Bewusstseinswandel stattgefunden hat. Beispielsweise setzen sich wichtige Institutionen wie das Bundeskriminalamt oder der Bundesgerichtshof inzwischen selbstkritisch mit

ihrer eigenen Geschichte auseinander. Dazu gehören auch die ideologischen und personellen Kontinuitäten der staatlichen Apparate nach 1945 und das damit einhergehende Fortwirken antiziganistischer Denkmuster. Diese Form der Aufarbeitung verdient Respekt und ist Ausdruck demokratischer Reife. Doch wahr ist leider auch: Immer noch glauben viele Sinti und Roma, sie müssten ihre Minderheiten-Identität nach außen hin verbergen, um keine beruflichen Nachteile zu erleiden.

> Bundeskanzler Helmut Schmidt war der erste Politiker in der Bundesrepublik, der das Leiden der Sinti und Roma anerkannt hat. Roman Herzog hat dann 1996 den Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus installiert. Fühlen sich die Sinti und Roma immer noch als Opfer zweiter Klasse?

Für Deutschland kann man das heute nicht mehr sagen. Es gibt nicht nur ein nationales Holocaust-Denkmal – 20 Jahre haben wir dafür gekämpft, bis es 2012 von Bundeskanzlerin Merkel eingeweiht wurde – für die ermordeten Angehörigen unserer Minderheit in Berlin, sondern weit über 100 lokale Erinnerungsorte. Allerdings sehe ich immer noch Defizite in den Lehrplänen. Und auch in TV-Dokumentatio-

nen über den Nationalsozialismus wird der Holocaust an unserer Minderheit oftmals nur als Fußnote oder Anhängsel zur Shoah dargestellt.

> Erstmals seit 20 Jahren hat die Uno die Minderheit in den Mittelpunkt des Gedenkens gestellt, sehen Sie darin auch eine Bestätigung Ihrer Arbeit?

Auf jeden Fall. Die von unserem Heidelberger Zentrum erarbeitete englischsprachige Ausstellung wurde bereits Anfang 2007 im Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York präsentiert. Dass dort am Internationalen Holocaust-Gedenktag mit Zoni Weisz erstmals ein Überlebender aus den Reihen unserer Minderheit eine Ansprache hält, betrachte ich als ein wichtiges Signal der Weltgemeinschaft auch mit Blick auf die schwierige Menschenrechtslage der Roma vor allem in den Staaten Ost- und Südosteuropas.

> Sie sprechen heute in der Dresdner Frauenkirche – ausgerechnet Dresden, der „Pegida-Hauptstadt“.

Der Anlass meiner Rede ist die Aufführung des „Requiem für Auschwitz“, das der niederländische Sinto Roger „Moreno“ Rathgeb komponiert hat und das im Mai 2012 in Amsterdam uraufgeführt

wurde. Es ist allen Opfern von Auschwitz gewidmet. Dass dieses Konzert in der Dresdner Frauenkirche stattfindet, ist ein unübersehbares gesellschaftspolitisches Zeichen. Denn in Dresden gibt es trotz Pegida viele Bürger, die sich gegen Fremdenhass und für die offene demokratische Gesellschaft engagieren. Weil sie wissen, dass Rassismus und Populismus nicht nur die Rechte von Minderheiten bedrohen, sondern das Fundament unseres Zusammenlebens zerstören.

> Gerade in jüngster Zeit müssen sich die Roma wieder vehement gegen Vorurteile und Diskriminierung wehren. Was kann Ihr Zentralrat da tun?

Antiziganistische Vorurteile und Diskriminierungen sind tief in den Strukturen von Menschen wie von Institutionen verankert und können nur langfristig verändert werden. Es hat in Deutschland Jahrzehnte gebraucht, bis der Antisemitismus gesellschaftlich geächtet wurde. Als Zentralrat müssen wir dafür sorgen, dass die politischen und gesellschaftlichen Repräsentanten sich ihrer Verantwortung für den Rechtsstaat und unsere Demokratie bewusst sind und den gesellschaftlichen Antiziganismus genauso ächten wie den Antisemitismus.